Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 49 (1955)

Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : Fortschritt mit Hemmungen ; Deutschland bleibt geteilt ; Der Umschwung in Argentinien ; Von Marokko bis Indochina ; Das Problem Japans ; China als Vorbild

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140030

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

oder gemeinsam unterzugehen. Sie hat zu verstehen, daß die Atomkraft den Krieg unmöglich gemacht hat, und daß ein Wirtschaftssystem, bei dem jeder machen kann was er will und was seinem persönlichen Nutzen dient, untragbar geworden ist. Es muß nach und nach durch ein System gemeinsamer Welt-Planung ersetzt werden, das jedem Menschen auf der Erde das menschenwürdige Dasein gewährt, das durch die moderne Technik möglich geworden ist.

«Wir sitzen heute alle in einem Boot an Bord dieses atombedrohten Planeten», sagte kürzlich Englands weiser Arnold Toynbee.

Ich wünschte, das Buch «Die Entdeckung Amerikas Anno 1953» könnte mehr zur Stärkung des Bewußtseins aller Menschen von ihrer Schicksalsverbundenheit beitragen. *Alice Herz*

WELTRUNDSCHAU

Fortschritt mit Hemmungen Wenn diese Zeilen den Leser erreichen, wird die *neue Genfer Konferenz*, die Tagung der westöstlichen Außenminister, schon im Gang sein. Man wird dann einigermaßen wissen, ob aus der Unmöglichkeit eines siegreichen dritten Weltkrieges, die jeder einzelnen der führenden Mächte klar geworden ist, nun auch wirklich die praktischen Folgerungen gezogen werden wollen, auf die es jetzt allein ankommt. Die Zweifel, ob das der Fall sein wird, mehren sich. «All die Umstände, die die Kriegsgefahr heraufbeschworen haben», so schreiben die Londoner «Peace News» (23. September), «bleiben bestehen . . . Die Staaten setzen ihre immer weitergetriebenen militärischen Manöver fort, ergänzen die alten Waffen mit neuen und verbesserten, suchen große neue Militärstützpunkte zu errichten, die Knowlands und ihresgleichen nehmen ihre herausfordernden Reden im Stil verbrecherischer Leichtfertigkeit wieder auf, und die militärischen Ratgeber kommen mehr und mehr auf die gefährliche Auffassung zurück, daß es doch möglich sei, begrenzte koloniale und ‚umsturzfeindliche' Kriege zu führen. So setzen sich allmählich neue Vorstellungen vom ‚Normalzustand' durch, die vielleicht eine Lage schaffen, in der die Welt zerstört werden kann.»

Die Gefahr, daß die Entwicklung diesen Gang nimmt, besteht unzweifelhaft; wir haben das seit der Genfer Julikonferenz hier wiederholt aufs nachdrücklichste betont. Und doch haben wir Grund, vor allem den Kräften zu vertrauen, die in die andere, in die Richtung des friedlichen Zusammenlebens weisen. Vergegenwärtigen wir uns die Gesamtlage. Ausgangspunkt ist die nicht mehr in Frage zu stellende Tatsache, daß ein neuer Weltkrieg früher oder später mit Atomwaffen geführt

würde. Es ist die Regierung der *Sowjetunion* gewesen, die daraus zuerst die Konsequenz gezogen hat. Wie Henry Holm, ein guter amerikanischer Beobachter des Weltgeschehens, im amerikanischen «World Interpreter» (9. September) feststellt:

«Die Russen sind mit ihrem bezeichnenden Wirklichkeitssinn (außer wenn es sich um die Lehren von Marx handelt) zu der Überzeugung gelangt, daß die große Rote Armee kein wirklicher Trumpf mehr ist... Die NATO-Generäle haben freie Bahn, einen Krieg atomisch zu führen. Im Westen macht man es sich nicht hinreichend klar, daß diese Entwicklung in Rußland und seinen Satellitenstaaten so etwas wie eine Panik erzeugt hat. Sie bedeutete ja, daß ein Krieg mit den herkömmlichen Waffen ‚fertig' ist – und doch lag gerade auf diesem Gebiete die Überlegenheit Rußlands... Leb wohl, Rote Armee! So kam es, daß die Russen Vorkämpfer der Abrüstung wurden. Ihr Plan, ihre Streitkräfte um 640 000 Mann zu vermindern, stellt einen wesentlichen Abstrich dar, ist aber doch nur der Abbau einer Armee, die bereits veraltet ist.

... Die neue russische Haltung gründet sich nicht auf Gefühlserwägungen. Sie entspringt vor allem der harten Tatsache, daß die Rote Armee kein Aktivposten mehr ist. Aber gerade weil diese Wandlung auf die Wirklichkeit gegründet ist, kann sie als zuverlässig und politisch ‚aufrichtig' angesehen werden. Was aber in dieser Beziehung für die Russen gilt, das gilt für alle. Kein Wunder, daß sich die Deutschen fragen, was für einen wirklichen Wert die geplante westdeutsche Armee habe, wenn 50 Atombomben das Land unbewohnbar machen würden.»

Die Wandlung in der Sowjetunion begann schon vor Stalins Tod, wahrscheinlich im Sommer 1952, als Malik zuerst einen Waffenstillstand in Korea vorschlug. Im Westen wollte man die Neuorientierung Moskaus lange nicht ernst nehmen; gedankenlos oder böswillig schob man sie als bloßes «Friedensmanöver» auf die Seite, als hinterlistigen Versuch, die «freie Welt» einzuschläfern und wehrlos zu machen. Die Rückwirkung auf die Sowjetunion war, daß die «Harten» wieder Oberwasser bekamen und der «weiche» Malenkow, der die Schwer- und Rüstungsindustrie zugunsten der Verbrauchsgüterindustrie vernachlässigt wissen wollte, in den zweiten Rang verwiesen wurde. Gleichzeitig fuhr aber der Kreml doch fort, die internationalen Beziehungen nach Möglichkeit zu entspannen; die dramatische Wendung der sowjetischen Politik gegenüber Österreich und Jugoslawien ist noch in frischer Erinnerung.

Und nun begann zum erstenmal auch der Westen positiv zu reagieren. Churchill hatte schon vor mehr als einem Jahr im Unterhaus wiederholt zu verstehen gegeben, wie tief ihn die Aussicht auf einen Atomkrieg aufwühle. Die Explosion der Wasserstoffbombe im Stillen Ozean, so bekannte er, habe alles militärische Denken der Vergangenheit als «veraltet, veraltet, veraltet» erwiesen. Und wenn man bedenkt, daß es der gleiche Churchill war, der die Politik der atomischen Bedrohung Rußlands in seiner berühmten Rede von Fulton (4. März 1946) recht eigentlich einleitete und der drei Jahre später in Boston empfahl, eine Präventivkrise, eine Kraftprobe herbeizuführen, bevor die Sowjetunion eine volksdemokratische Atombombe habe — dann ermißt man den Weg, den der alte Kriegsmann durchmessen hat, seit die Russen sich ebenfalls mit A- und H-Bomben auszurüsten begonnen haben.

Aber wohl der entscheidende Umschwung im westmächtlichen Lager kam erst, als zuerst der Radford-Dulles-Knowland-Plan, im Indochinakrieg Atomwaffen einzusetzen, ins Wasser fiel und dann der Versuch der gleichen Gruppe, die Formosakrise im vergangenen Frühjahr zum großen Schlag gegen China auszunützen, am Widerstand der Gemäßigten — eingeschlossen Eden — scheiterte. Wir haben an dieser Stelle die entsprechenden Vorgänge damals völlig klargestellt, möchten aber doch noch anführen, was die Neuyorker «Monthly Review» in ihrem Septemberheft über die weltweite Auswirkung dieser Niederlage der «Politiker der Stärke» schreibt:

«Über Nacht war (mit der Entschärfung der Fernostkrise) das höchst fragwürdige und gefährliche Gleichgewicht in der herrschenden Klasse Amerikas zerstört, das Gleichgewicht zwischen der Kriegspartei und der Vorsichtspartei. Präsident Eisenhower, der den Hauptteil seiner Amtszeit im Weißen Haus als Gefangener des äußersten rechten Flügels seiner eigenen Partei zugebracht hatte, sah sich nun – vielleicht zu seiner eigenen Überraschung – mehr oder weniger frei, seiner unzweifelhaften Vorliebe für eine friedliche Politik des Lebens und Lebenlassens Ausdruck zu geben.»

Das Ergebnis war Genf. Und ich bin überzeugt, es ist grundsätzlich nicht rückgängig zu machen. Auch nicht wenn Eisenhower infolge seiner plötzlichen Erkrankung nicht mehr imstande sein sollte, seine außenpolitische Linie selbst weiterzuführen. Schon regen sich ja die Rechtsrepublikaner mit Leuten wie Außenminister Dulles und Senator Knowland als Wortführern, um die Zügel, die — wie sie behaupten — unter Eisenhower verhängnisvoll gelockert worden seien, wieder fest in die Hand zu bekommen und den Russen zu zeigen, wohin die Fahrt gehen müsse.* Aber der «Eisenhower-Flügel» hat dennoch auch seine kräftigen Vertreter, und vor allem: die Demokraten haben, wenn Eisenhower im nächsten Jahr nicht mehr kandidiert (was wahrscheinlicher ist als das Gegenteil), große Aussicht, wieder ans Ruder zu kommen und den Kräften, die im Volk und in der Gesellschaft der Vereinigten Staaten nach vorwärts drängen, stärkeren Ausdruck zu geben. Es ist in Amerika doch etwas geschehen, was nicht mehr auszulöschen ist. Der Fortschritt mag noch auf viele Hemmungen stoßen, aber aufzuhalten ist er kaum mehr. Wir sehen die Dinge ähnlich wie der Verfasser des erwähnten Aufsatzes

* Die Krankheit Eisenhowers hat etwas Unheimliches an sich. Sie erinnert fatal an den plötzlichen Tod Roosevelts, der genau in dem Augenblick erfolgte, da eine erste Entscheidung über die Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten fällig war, und der sofort dazu ausgenützt wurde, um den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion einzuleiten. Sind es die gleichen okkulten Mächte, die auch Eisenhower ausgeschaltet haben, als es sich darum handelte, den «Geist von Genf» zu einer lebendigen Wirklichkeit zu machen? Außenminister Dulles hat jedenfalls nicht ohne Berechnung seine Rede vor der halbfaschistischen American Legion, in der er sagte, die «Weltöffentlichkeit» werde die Sowjetunion zwingen, Ostdeutschland und die osteuropäischen Satellitenstaaten freizugeben, während der Krankheit des Präsidenten in dieser Schärfe gehalten, auch wenn Eisenhower sich hintendrein mit ihr einverstanden erklären mußte.

in der «Monthly Review», Paul Sweezy, der meint, man könnte versucht sein, eine lange, vielleicht Jahrzehnte währende Periode verhältnismäßiger Stetigkeit vorauszusagen, in der die beiden großen Weltsysteme, Kapitalismus und Sozialismus, ihre gegenseitige Stärke und ihre Absichten erproben würden und in Frieden, wenn schon nicht in Freundschaft, miteinander zu leben lernten.

«In Wirklichkeit – sagt Sweezy – ist es nicht wahrscheinlich, daß es so geht. Der Kapitalismus, der jetzt eine jener Aufschwungszeiten genießt, die immer seine Geschichte gekennzeichnet haben, wird wieder – und vielleicht eher früher als später – einer Periode von Krisen und Konflikten entgegengehen. Der Sozialismus aber, der immer noch damit ringt, sich in rückständigen Ländern mit niedriger Technik und wenig ererbtem Kapital festzusetzen, hat kaum begonnen, sich der gewaltigen Reichtumsmöglichkeiten und der hohen Kulturnormen bewußt zu werden, welche die moderne Wissenschaft einer Gesellschaft verheißt, die mit rationeller Planung die menschlichen Bedürfnisse ihrer Glieder zu befriedigen strebt. Die Kolonial- und Halbkolonialvölker von Afrika, Lateinamerika und großer Teile Asiens stehen erst am Anfang und nicht am Ende ihres Aufstandes gegen ausländische Ausbeutung und für das Recht, ihre Zukunft selber zu bestimmen. Das sind die großen Kräfte, die unter der Oberfläche wirken, und sie werden in den vor uns liegenden Jahren neue Lagen, neue Fragen und neue Möglichkeiten schaffen.»

Deutschland bleibt geteilt Das Haupttraktandum der Genfer Ministerkonferenz wird die *deutsche Frage* sein. Aber die Aussichten sind gering, daß man ihrer Lösung wesentlich näherkommen wird. Der britische Außenminister MacMillan hat zwar in einer Rede in Neuyork versichert, die Westmächte hätten jetzt einen Plan bereit, der Rußland Sicherheit vor einem neuen deutschen Angriff geben werde. Er fügte jedoch gleich bei, falls die Sowjetunion trotzdem der Wiedervereinigung Deutschlands widerstreben werde, so sei das dann eben ein Beweis dafür, daß es ihr nicht um ihre Sicherheit zu tun sei, sondern um die völlig unrechtmäßige Absicht, die Herrschaft über den einen Teil Deutschlands zu befestigen und sie sogar auf den andern auszudehnen. Die Zweifel MacMillans an der Bereitschaft Moskaus, den westlichen Sicherheitsplan anzunehmen, sind durchaus begründet, hat er doch selber gesagt, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse der NATO — dem militärisch hochgerüsteten Westblock — angeschlossen werden, und das könne man ihm «kaum verübeln». Die Russen werden da anders denken. «Wozu» — so werden sie fragen — «muß denn Gesamtdeutschland der NATO angeschlossen werden? Wozu ist es nötig, die westmächtliche Militärgrenze bis an Oder und Neiße vorzurücken und amerikanische Truppen mit ihren Atomwaffen unmittelbar an die polnische Grenze heranzubringen? Heißt das nicht, daß damit — entsprechend der ‚Politik der Stärke' — ein Druck auf Polen und die Sowjetunion ausgeübt werden soll, um sie zu zwingen, die Deutschland abgenommenen Ostgebiete wieder herauszugeben? Haben nicht die westlichen Außenminister am 28. September erneut ausdrücklich erklärt, daß sie die jetzigen Ostgrenzen Deutsch-

lands nicht anerkennen, daß deren Festlegung vielmehr erst in einem künftigen Friedensvertrag erfolgen dürfe? Ist es darum nicht ein Gebot elementarer Selbstverteidigung, daß die Sowjettruppen genau so lang auf dem Boden Ostdeutschlands bleiben, wie die NATO-Streitkräfte in Westdeutschland bleiben?»

Dazu kommt ein Zweites. In der soeben erwähnten Erklärung der westmächtlichen Außenminister ist erneut festgestellt worden, daß «die drei Regierungen weder das in Ostdeutschland aufgerichtete Regime noch die Existenz eines Staates in der Sowjetzone anerkennen». Das verhindert erst recht jede einvernehmliche Lösung der deutschen Frage. Denn soviel ist ja klar: Ostdeutschland kann nicht einfach von der Bonner Republik annektiert und ihrem wirtschaftlichen und politischen Regime unterstellt werden. So sehr die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung das heutige Regime in der DDR ablehnt, so wenig will sie ihren Anschluß an die Bundesrepublik mit der Übernahme des westdeutschen Kapitalismus und Halbnazismus erkaufen. Diejenigen werden wohl recht haben, die meinen, bei freien Wahlen in der DDR würde sich eine Mehrheit für ein irgendwie sozialistisches Regime aussprechen. Diese ostdeutsche Mehrheit darf aber nicht durch eine gesamtdeutsche Abstimmung, die eine *nichtsozialistische* Mehrheit ergeben könnte, in eine Minderheit verkehrt werden; die Frage der innenpolitischen Neuordnung Gesamtdeutschlands muß vielmehr durch freie Verständigung zwischen den beiden jetzt getrennten Landesteilen gelöst werden. Und davon wollen nun, wie man weiß, weder die Westdeutschen (und zwar ziemlich einmütig) noch die Vereinigten Staaten, England und Frankreich das geringste wissen. Die Sowjetunion hat nun zwar einen förmlichen Vertrag mit der DDR abgeschlossen, der dem ostdeutschen Staat nicht nur (wie schon im März 1954) erneut die Souveränität zuerkennt, sondern ihm auch ausdrücklich das Recht zuweist, in inneren und äußeren Angelegenheiten, einschließlich der Beziehungen zur Bundesrepublik, selber frei zu entscheiden. Bonn und die Westmächte sollen dadurch natürlich gezwungen werden, in Verhandlungen über alle Angelegenheiten von beidseitigem Interesse und schließlich über die Umstände der Wiedervereinigung selbst einzutreten — Verhandlungen, für die sich die Sowjetunion von jetzt ab als unzuständig erklärt. Allein, es ist bei der hochmütigen Einstellung des Westens zu der DDR gar nicht daran zu denken, daß an der Genfer Konferenz oder überhaupt in absehbarer Zeit diese Sachlage von den «freien Nationen» anerkannt würde; der Standpunkt des Westens bleibt, wie er einmal von dem CDU-Abgeordneten Jäger im westdeutschen Bundestag fixiert wurde: «Diesseits des Eisernen Vorhanges regieren Gentlemen, jenseits regieren Banditen.» Punktum. Wie es da mit der deutschen Einigung vorwärtsgehen soll, ist schwer einzusehen. Adenauer hat eben versäumt, aus seinen Moskauer Erfahrungen mit der erforderlichen Festigkeit die Konsequenzen zu ziehen und offen von der gegenstandslos gewordenen

«Politik der Stärke» abzurücken. Mit Rücksicht auf das Widerstreben in seinen eigenen Reihen — Außenminister von Brentano wehrte sich ja in Moskau bis zum letzten Augenblick gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion — und um die Westmächte in ihrem Kurs nicht zu stören, hat er vor dem Bundestag erneut seine Entschlossenheit beteuert, an der alten Linie festzuhalten und insbesondere niemals die Existenz eines anderen Deutschlands als des in der Bonner Republik organisierten anzuerkennen. Ob das alles so ganz ernst ist, bleibe dahingestellt; es wäre ja immerhin möglich, daß dabei ein gut Stück taktische Schlauheit beteiligt ist, die sich den Weg offenhalten will, um bei Zeit und Gelegenheit doch noch durch eine Verständigung mit dem Osten zur Wiedervereinigung der beiden getrennten Hälften Deutschlands zu kommen. Die scheindemokratische Fassade, hinter der die Atlantikstaaten und ihr heutiger westdeutscher Verbündeter ihre Machtziele verfolgen, würde dabei freilich in die Brüche gehen.

Der Umschwung in Argentinien Für die *wirkliche* Einstellung der Westmächte zur Demokratie, deren Durchsetzung in Ostdeutschland ihnen angeblich so sehr am Herzen liegt, ist recht bezeichnend ihr Verhalten gegenüber dem *Staatsstreich in Argentinien.* Gewiß, Oberst Perón war ein skrupelloser und demagogischer Diktator; über seinen Sturz müßten wir uns vorbehaltlos freuen — wenn nur die neuen Machthaber wirklich ein demokratisches und soziales Regime aufzurichten entschlossen wären. Aber daran zu zweifeln besteht jeder Anlaß. Schon die Art und Weise, wie sie ans Ruder kamen — durch eine Militär- und Flottenrevolte und die Drohung, die Hauptstadt Buenos Aires zu beschießen, falls Perón, der immerhin durch ein überwältigendes Volksvotum an die Spitze der Regierung gestellt worden war, nicht sofort abdanke —, schon dieser rein durch Waffengewalt erzwungene Systemwechsel hat wenig Demokratisches an sich. Es ist die in Lateinamerika übliche Art, eine Interessentengruppe in den Besitz des Staatsapparates zu setzen, die sich durch die bisherigen Inhaber der Regierungsgewalt verkürzt oder bedroht sah. Und das ist nun tatsächlich auch bei dem jüngsten Umschwung in Argentinien der Fall gewesen. Perón hatte mit der korrupten kapitalistisch-feudalen Scheindemokratie aufgeräumt, die vor ihm bestanden hatte. Er hatte, wenn auch mit brutalen und unmoralischen Mitteln und gestützt auf die organisierte Arbeiterschaft sowie auf das Lumpenproletariat der «descamisados», der «Hemdlosen», einen Grad von sozialpolitischem Fortschritt verwirklicht, der in Südamerika wohl ziemlich vereinzelt dasteht. Er hatte den Kampf gegen die zunehmende Durchdringung seines Landes durch den nordamerikanischen Imperialismus aufgenommen, einen Kampf, der ihm in ganz Südamerika zuerst die stärk-

ste Sympathie gewann.* Und er hatte schließlich sogar die Vorrechte der katholischen Kirche anzutasten gewagt, hatte ihr Schulmonopol durchbrochen, die zivile Eheschließung und Ehescheidung durchzusetzen versucht und die Trennung von Kirche und Staat vorbereitet.

Kein Wunder, daß er den erbitterten Widerstand der Kräfte herausforderte, die an der alten Ordnung der Dinge interessiert waren: der Großgrundbesitzer, der Mehrzahl der einheimischen Industrie- und Finanzkapitalisten, des Klerus (die römische Kirche ist auch große Bodenbesitzerin) und des nordamerikanischen Imperialismus. Ein Teil der Armeeoffiziere und besonders die Flottenkommandanten, die großenteils aus der feudalen Oberschicht herstammen, stellten sich nur allzu willig in den Dienst der Gegenrevolution, und als Perón durch eine Reihe unpopulärer Maßnahmen und wirklicher Fehlgriffe in den Reihen der eigenen Anhängerschaft Mißstimmung erzeugt hatte, schien ihnen der Augenblick gekommen, um den verhaßten Diktator zu stürzen. Der Erfolg, der ihnen — nach dem mißglückten ersten Putsch vom vergangenen Juni — so rasch in den Schoß fiel, scheint ihnen recht gegeben zu haben. Aber es ist nur ein *militärischer* Erfolg und ein Erfolg der sozialen, politischen und geistigen Reaktion, nicht ein Erfolg der Sache der Freiheit und Gerechtigkeit. Und wenn jetzt im Lager der Westmächte, vorab in den Vereinigten Staaten, der Sturz Peróns als Sieg der Demokratie gefeiert wird, wenn auch bei uns zulande Perón nur als der Diktator und Despot gewürdigt wird und der Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Buenos Aires (in einem Bericht vom 25. September) voller Begeisterung die überschäumende Fröhlichkeit der Bevölkerung der argentinischen Hauptstadt nach dem Einsturz des «peronistischen Kartenhauses» schildert, so steht dahinter viel weniger die Genugtuung über den Sturz einer Gewaltherrschaft als diejenige über die (vorläufige) Beseitigung eines Regimes, das der Vormachtstellung des Besitzes und seiner weltlichen wie geistlichen Stützen ein Ende zu machen drohte. Daß sich die Regierungen der «freien Welt» — auch die Schweiz war dabei

* Die Hamburger «Andere Zeitung» (Nr. 21) berichtet: «Wenige Tage vor dem Putsch hatte die argentinische Regierung, die sich jahrelang bemühte, ihr Land aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom nordamerikanischen Kapital zu befreien, mit der Sowjetunion über Lieferungen im Werte von 100 Millionen Dollar verhandelt, so daß eine Parallele mit dem von den USA ein Jahr zuvor organisierten Staatsstreich in Guatemala auf der Hand lag. Hinzu kommt, daß sich das amerikanische Kapital in letzter Zeit weit mehr als in früheren Jahren auf den lateinamerikanischen Markt konzentriert hat. – Die USA sind an den Vorgängen in Argentinien aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen interessiert. Seit Jahren arbeitet das Pentagon an der Einbeziehung Südamerikas in ein weltumspannendes antisowjetisches Militärbündnissystem; und ein Südatlantikpakt, wie ihn die amerikanischen Militärs planen, wäre ohne Argentinien undenkbar. Wenn man außerdem weiß, daß es heute in Amerika einflußreiche Politiker gibt, die das Schwergewicht der globalen amerikanischen Politik auf die ‚kontinentale panamerikanische', also auf Südamerika, verlagern wollen, so ist nicht zu bestreiten, daß den Amerikanern die Wendung in Argentinien keineswegs aus demokratischen Motiven sympathisch ist.»

— beeilt haben, die neue argentinische Regierung förmlich anzuerkennen, obwohl sie durch Gewalt ans Ruder gekommen ist und sich wahrscheinlich nur durch Gewalt wird halten können, gehört zum Ganzen. Die Regierung *Ostdeutschlands* anzuerkennen, dessen weigern sie sich natürlich aus reiner demokratischer Grundsätzlichkeit mit der letzten Entschlossenheit . . .

Von Marokko bis Indochina Ihren freiheitlich-humanitären Prinzipien leben die Westmächte auch sonst in der Welt auf recht eigentümliche Weise nach. Frankreich kommt in *Nordafrika* nicht aus den Nöten heraus, weil es nicht den Mut aufbringt, mit der Herrenrassenpolitik seiner Kolonisten zu brechen und den nach Selbstbestimmung dürstenden Eingeborenenvölkern ehrlich und unzweideutig ihr Recht zu geben. Die Schwierigkeiten in Marokko sind ja durch den Rücktritt des Puppensultans Ben Arafa nur vorübergehend gemildert worden, und in Algerien ist mit dem Aufstand der «Beni-Oui-Oui» und dem neuerlichen Durchbruch der nationalistischen Bewegung das Scheinparlament von Frankreichs Gnaden ebenso hilflos zusammengebrochen wie das «Reformwerk» des Gouverneurs Soustelle. Der dramatische Auszug der französischen Vertreter aus der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die die algerische Frage auf ihre Tagesordnung zu setzen beschlossen hat, ist nur ein Beweis der inneren Schwäche des Pariser Regimes, wenn auch durch einen der üblichen Kompromisse, wie er sich vorbereitet, der Zorn der Pariser Regimeträger wieder etwas beschwichtigt werden mag.*

Keinen besseren Geist bekundet die Regierung Großbritanniens mit ihrer Handhabung der *Cypernfrage*. Auch hier kurzsichtige Mißachtung der Volkswünsche (Vereinigung mit Griechenland oder doch regionale Selbstbestimmung), Ersetzung des zivilen Regimes durch eine eigentliche Militärdiktatur und Heraufbeschwörung einer Kraftprobe, bei der auf die Länge der gewinnende Teil sicher nicht England sein wird. Mit gleicher Blindheit steuert London seinen alten Kurs auf dem *orientalischen Festland* weiter, wo es fast überall die feudal-reaktionären Mächte der Vergangenheit stützt. Und wo es sich, wie in Ägypten, mit den mehr oder weniger revolutionären Kräften arrangiert, da verletzt es das gerade dort so reizbare Nationalgefühl, indem es zum Beispiel im Verein mit Amerika an die Lieferung von Waffen die Bedingung knüpft, daß Ägypten seine Außenpolitik den Machtzielen des Westblocks angleiche. Natürlich springt jetzt die Sowjetunion mit der Lieferung von Kriegs-

* Der Beschluß der UNO-Versammlung hätte praktisch keine allzu große Bedeutung gehabt, auch wenn sich Frankreich mit ihm abgefunden hätte. Aber er ist insofern von großer *moralischer* Bedeutung, als er beweist, wie weitverbreitet in der Welt die Überzeugung ist, daß Frankreich gar nicht imstande ist, das Nordafrikaproblem zu lösen, und daß daraus eine Lage entstehen könne, die wie Frankreichs Versagen in Indochina den Weltfrieden aufs neue zu gefährden geeignet ist.

material ein, während Ministerpräsident Nasser heftige Reden gegen den Westen führt und sich in die Tschechoslowakei — vielleicht bald auch nach Moskau — einladen läßt.

In der undankbarsten Rolle sehen sich die Westmächte aber in *Ostasien*. Die Regierung von Südkorea, ihr «teurer» Schützling, droht andauernd mit Krieg gegen den kommunistischen Nordstaat. Tschiang Kai-schek hetzt nach wie vor die Vereinigten Staaten zum bewaffneten Eingreifen gegen «Rotchina» auf. Und die Regierung Diem in Südvietnam macht nicht die geringste Miene, das Genfer Abkommen von 1954 über die Veranstaltung freier Wahlen in beiden Landesteilen zu vollziehen — mit Recht überzeugt, daß das Ergebnis nur ein Sieg der kommunistisch-nationalen Sache sein könnte. Was sollten die Westmächte in dieser Lage tun? Vor allem, so muß man immer wiederholen, endlich das neue China in aller Form anerkennen! Chinas Gegenleistung müßte der Verzicht auf den ja doch aussichtslosen Versuch sein, Formosa sich mit Gewalt einzuverleiben. Das würde es Amerika erleichtern, seinerseits Tschiang Kai-schek im Zaum zu halten. Anderseits hat China keinen Grund, sich in die weitere Entwicklung in Korea einzumischen; es genügt ihm, wenn Nordkorea weiterhin ein Schutzdamm für seine lebenswichtige mandschurische Industrie bleibt und die amerikanischen Streitkräfte in Südkorea festliegen, ohne Syngman Rhees Tatendrang zu ermutigen. Und was schließlich Indochina betrifft, so dürften weder die Vereinigten Staaten noch Frankreich die Manöver Präsident Diems mit Waffengewalt unterstützen, so wenig wie China seinem Freund Ho Chiminh zu Hilfe eilen würde, wenn es über der Sabotierung von allvietnamesischen Wahlen durch den Südstaat neuerdings zum Bürgerkrieg kommen sollte.

Aber werden sich die Westmächte wirklich auf ein solches Befriedungsprogramm einigen? Wird sich vor allem Amerika doch innert nützlicher Frist zur Anerkennung der Chinesischen Volksrepublik als einer Dauertatsache herbeilassen und so die Atmosphäre schaffen helfen, in der allein die ostasiatischen Konflikte entgiftet zu werden vermögen? Es sieht vorerst gar nicht danach aus. Und das ist kaum weniger beunruhigend als die Unwilligkeit der Mächte, die günstige Atmosphäre, die durch die Genfer Viererkonferenz in *Europa* schon geschaffen worden *ist*, auch wirklich zur Lösung der hängigen Streitfragen auszunützen.

Das Problem Japans Eine besondere Stellung im Kampf um Ostasien nimmt *Japan* ein. Es steht heute in gewisser Beziehung zwischen den beiden gegensätzlichen Welten, der kommunistischen und der antikommunistisch-kapitalistischen Welt, deren Konflikt es für seinen eigenen Wiederaufstieg auszunützen trachtet. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges schienen zwar auch gegenüber Japan, wie in Europa gegen Deutschland, die Alliierten entschlossen, gemeinsam für die dauernde Ausschaltung des bereits schwer

erschütterten Imperiums als aggressiver Militärmacht zu sorgen. Das schon vereinbarte Eingreifen der Sowjetunion gegen Japan wurde indessen hinfällig, als die Vereinigten Staaten in der Atombombe das Mittel gefunden hatten, um ohne russische Hilfe dem Lande des Mikado den Knock-out-Stoß zu versetzen. Hiroshima und Nagasaki mußten dazu dienen, die Sowjetunion von der Beteiligung an der Besetzung Japans abzuhalten und die Alleinherrschaft Amerikas über das Inselreich zu sichern. Seither ging die Politik der Vereinigten Staaten geradlinig darauf aus, Japan in den sich bildenden antikommunistischen Block zu bringen und ihm sogar, mit seiner hochdisziplinierten Bevölkerung und seinem mächtigen Militärpotential, die führende Rolle im Kampf gegen den asiatischen Kommunismus zu übertragen, während die Sowjetunion sich bemühen mußte, Japan zu neutralisieren, wenn nicht es dem eigenen Lager anzunähern. Aus diesem Gegensatz für ihr Land Gewinn zu ziehen und die beiden rivalisierenden Großmächte gegeneinander auszuspielen, das mußte ein lockendes Ziel für die japanische Staatskunst sein.

Aber das eigentliche Problem Japans liegt tiefer. Es ist im Grunde das gleiche, mit dem, wie so manches andere asiatische Land, so besonders China zu ringen hat: der Hunger. Japan hat heute 85 Millionen Einwohner auf einer Bodenfläche, die wesentlich kleiner als diejenige Schwedens und nur zu 17 Prozent anbaufähig ist. Es weist denn auch mit über 1000 Menschen je Quadratkilometer die größte Volksdichte in der ganzen Welt auf. Seine Landwirtschaft war bei weitem nicht imstande, eine immer noch wachsende Bevölkerung zu ernähren. Es stürzte sich darum im neunzehnten Jahrhundert mit Leidenschaft in die *Industrialisierung*, die ihm eine Grundbedingung zu sein schien, um sein Ernährungsproblem zu lösen und zugleich seine großen Menschenreserven nutzbar zu machen. In seinen Fabriken, die mit den modernsten Maschinen ausgerüstet waren, welche europäische und amerikanische Technik erfunden hatte, arbeiteten Männer, Frauen und Kinder in der Zucht des überlieferten Feudalismus, um einer dünnen kapitalistischen Oberschicht märchenhafte Gewinne zu verschaffen. Wie nirgends sonst auf der Welt entwickelte sich so eine industrielle Monopolwirtschaft, deren führende Konzerne — die Mitsui, Mitsubishi, Sumimoto, Yasuka und Furukawa in Verbindung mit dem Finanztrust der Zaibatsu — tatsächlich das ganze Erwerbsleben Japans unmittelbar und mittelbar beherrschten.

Statt aber die Lebenshaltung des Arbeitervolkes stetig zu heben, suchte dieser Überkapitalismus umgekehrt Hunger und Arbeitslosigkeit zu stabilisieren, um sich eine immer verfügbare industrielle Reservearmee zu sichern. In der Großindustrie vor allem, in der siebzig Prozent der Arbeitskräfte Frauen waren, herrschten die grausigsten Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Sterblichkeit unter der Arbeiterschaft war entsetzlich hoch, vor allem infolge einer ganz einseitigen Ernährungsweise.

In einer Tokioter Fabrik, in der die Tuberkulose besonders schwere Verheerungen anrichtete, genügte die Einführung einer ausgeglichenen Ernährung, um die Tuberkulosesterblichkeit um achtundsiebzig Prozent zu verringern.

Forcierte Industrialisierung war aber nur das eine Hauptmittel, um das Nahrungsproblem Japans zu lösen. Das andere war *kriegerische Eroberung*. Noch 1930 war die Hälfte der japanischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, 1945 immerhin vierzig Prozent. Das Elend, in dem außer der Arbeiterschaft auch die Landbevölkerung lebte, war außerordentlich groß und die Versuchung, es durch gewaltsame Erweiterung des Nahrungsspielraumes zu beheben, fast übermächtig. Der aggressive Nationalismus und Imperialismus einer feudalen Oberklasse und einer gewinnhungrigen Kapitalistenschicht fand jedenfalls in der sozialen Notlage der breiten Volksmassen den besten Nährboden. Wobei die westlichen Völker, die ihrerseits aus der mittelalterlichen Halbsklaverei der unterernährten Massen Japans mancherlei Nutzen zogen — trotz der Konkurrenz, die die billigen japanischen Waren ihrer Industrie machten —, eine schwere Mitschuld an der Ausbreitung des japanischen Militarismus und Imperialismus tragen. Freilich, der Weg der Eroberung asiatischer Festlands- und Inselgebiete, auf den sich Japan seit 1894 — Krieg mit China — und 1904 — Krieg mit Rußland — immer folgerichtiger begeben hatte und der 1931, mit dem Angriff auf die Mandschurei und dann 1937 mit der Kriegserklärung an China in einen neuen, besonders gewalttätigen Abschnitt eingetreten war, führte erst recht in die Katastrophe hinein. Als die japanische Regierung 1945 um Frieden bat, betrug die Tagesration der japanischen Bevölkerung kaum mehr als 1000 Kalorien — eine eigentliche Hungerration, werden doch für eine ausreichende Ernährung selbst bei leichter Arbeit zum mindesten 2500 Kalorien für nötig erachtet. Die Furcht vor einer kommunistischen Revolution zwang die Regierung von Tokio nicht weniger als ihre militärische Ohnmacht, um jeden Preis dem Krieg ein Ende zu machen.

Unter amerikanischer Führung begann nun eine Zeit wirtschaftlicher Reformen, die das nationale Leben Japans auf eine neue Grundlage zu stellen bestimmt waren. Die Landwirtschaft vermochte auch tatsächlich, dank einer umfassenden Bodenverteilung an besitzlose Pächter und mit Hilfe bäuerlicher Produktivgenossenschaften, ihren Ertrag auf Vorkriegshöhe zu steigern. Aber der Verlust von Agrargebieten wie die Mandschurei, Korea und Formosa, die früher einen Viertel des einheimischen Bedarfes gedeckt hatten, ließ dennoch ein gewaltiges Ernährungsdefizit übrig. Und ganz bezeichnenderweise nahm gleichzeitig — im Jahrfünft 1945 bis 1949 — die Bevölkerungsvermehrung mit fünf Millionen Köpfen ein Tempo an, wie es bisher in der Geschichte Japans nie erreicht worden war. So sah sich Japan aufs neue auf die Entwicklung seiner Industrie angewiesen, um die Möglichkeit zu bekommen,

durch Ausfuhr von Fertigwaren die fehlenden Lebensmittel hereinzubringen. Allein der Erfolg war wiederum unbefriedigend, vor allem wegen des Eingreifens der Vereinigten Staaten. Auf der einen Seite schnitt Amerika die japanische Wirtschaft von ihrem natürlichen Zusammenhang mit dem asiatischen Festland ab, das als Rohstoff- und Lebensmittellieferant wie als Absatzgebiet von schlechthin lebenswichtiger Bedeutung für das kleine Inselland ist. Anderseits desorganisierte es die japanische Wirtschaft auch von innen her, indem es zwar die kapitalistischen Monopolgebilde in Industrie und Finanz aufzulösen begann, aber keine neue, auch nur einigermaßen demokratische Wirtschaftsverfassung an ihre Stelle zu setzen vermochte. Das Ergebnis ist auf jeden Fall, daß die alten industriellen Konzentrationen und Großkonzerne die Macht aufs neue mehr und mehr in die Hand bekommen und daß der wirtschaftlichen Diktatur, der das Land wieder unterworfen ist, vielleicht über kurz oder lang auch die politische Diktatur nachfolgt.

Damit wäre freilich dem Land nicht geholfen. Mit Gewaltmitteln kann das Wirtschaftsübel, an dem Japan leidet, nicht beseitigt werden, befindet sich doch die Industrieproduktion Japans in einer chronischen Stockung. Der Konjunkturaufschwung, den der Koreakrieg mit sich brachte, ist längst wieder zusammengebrochen; wenn heute die industrielle Erzeugung fünfzig Prozent ihres Vorkriegsniveaus erreicht hat, so ist das wahrscheinlich alles, während Japans Außenhandel gegenwärtig nicht einmal vierzig Prozent seines Umfangs in den dreißiger Jahren beträgt. Neunzig Prozent seiner Einfuhr stammen aus Amerika, das aber nur zehn Prozent seiner Ausfuhr aufnimmt. Wie soll diese Kluft überbrückt werden? Das Defizit des japanischen Außenhandels hat sich in den letzten Jahren nur immerfort vermehrt; betrug es 1948 noch 426 Millionen Dollar, so war es Ende 1953 bereits auf über eine Milliarde Dollar angewachsen, und heute dürfte es noch beträchtlich höher sein. Entsprechend niedrig ist die Lebenshaltung des Volkes. Anfang 1952 wurde das Nationaleinkommen Japans auf ganze 46 Dollar pro Kopf geschätzt, dreizehn Prozent weniger als in den Jahren unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg. Dabei erweitert sich die Spanne zwischen Löhnen und Preisen immer mehr. Die Inflation macht dauernd Fortschritte, und im gleichen Verhältnis nehmen Unterernährung und Not in der industriellen wie in der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu.

China als Vorbild Kein Wunder, daß das Verlangen nach Lockerung der Bindung Japans an Amerika und nach Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zum asiatischen Festland, vor allem zu China, im Volk immer stärker wird. Das drückt sich nicht nur in einer zunehmend rebellischen Stimmung unter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aus (rund vierzig Prozent der japanischen Arbeiter gehören gegenwärtig den Gewerkschaften an); es spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Reichstagswahlen zu Beginn

dieses Jahres wider, die den beiden sozialistischen Parteien 156 von den 467 Sitzen, also einen vollen Drittel der Gesamtzahl, einbrachten, mit deutlichem Vorsprung der Linkssozialisten (89 gegen 67 Mandate der Rechtssozialdemokraten). Noch beherrschen die konservativen Parteien («Demokraten» und «Liberale») das Parlament, aber ihre Regierung entbehrt der inneren Stärke. Sie weicht der gegebenen Lösung des wirtschaftlichen Problems Japans geflissentlich aus und sucht zu lavieren, so gut sie eben vermag. Von der amerikanischen Vormundschaft will sie sich nicht freimachen, obwohl Außenminister Shigemitsu bei seinem kürzlichen Besuch in Washington Herrn Dulles zu überzeugen suchte, daß Japan mit einer Bodenarmee von 180 000 Mann jetzt ohne die amerikanischen Militärstützpunkte auskommen könne. (Die Vereinigten Staaten verlangen doppelt so viel und denken nicht daran, Japan sich selbst zu überlassen.) Anderseits kommt die Regierung Hatoyama auch mit den Ländern des kommunistischen Blockes zu keiner Verständigung; die in London geführten Verhandlungen mit der Sowjetunion sind nach dreimonatiger Dauer ergebnislos abgebrochen worden, und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking stößt von japanischer (und natürlich amerikanischer) Seite immer wieder auf ernste Schwierigkeiten. Und doch ist der Volkswille eindeutig: keine Aufrüstung im Dienste der Vereinigten Staaten, Schluß mit der amerikanischen Besetzung und Abkehr von der wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber den USA, hingegen energische Annäherung an das neue China.

Es ist in dieser Hinsicht überaus aufschlußreich, was im Februarheft 1955 des «Vassar Alumnae Magazine» (der Zeitschrift des Vassar-College, eines der größten Töchterinstitute der Vereinigten Staaten) *Mary Wright*, eine der besten amerikanischen Sachverständigen für Fernostfragen, auf Grund eines einjährigen Studienaufenthalts in Japan zu berichten weiß. «Man merkt heute in Japan», so schreibt Frau Wright, «wenig von Furcht oder auch nur Besorgnis in Beziehung auf das kommunistische China. Der ‚Ton' der öffentlichen Meinung ist im Gegenteil warm und freundlich. Es wird viel über China geschrieben — in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern —; aber wenn auch die Gesichtspunkte und das geistige Niveau wechseln, so ist die Auseinandersetzung doch sozusagen immer in eine sympathische und herzliche Sprache eingebettet. Die übliche Sprache ist nicht nur sympathisch, sondern auch achtungsvoll. Was auch die besondere Ansicht des Schreibers sein mag, er geht immer von der Annahme aus, daß das kommunistische China eine Großmacht ist, die sich behaupten wird, das führende Land Asiens schon heute, schließlich vielleicht sogar dasjenige der ganzen Welt. Seine Politik, seine Literatur und Kunst, seine Sozial- und Wirtschaftsreformen werden als genauer Aufmerksamkeit wert angesehen, sowohl wegen ihres inneren Interesses als wegen ihrer Beziehung zu Japans Zukunft.»

Von den Führern des neuen Chinas, so stellt Mrs. Wright fest,

genießt in Japan insbesondere Mao Tse-tung höchste Bewunderung. Japanische Übersetzungen von amerikanischen oder formosachinesischen Angriffen auf Mao bleiben trotz ihrer Billigkeit — drei Cents — in den Buchläden liegen, während die Schriften Maos zu Preisen von fünfzehn Cents bis vier Dollar ständig verkauft werden. Die Literatur der chinesischen Revolution übt in Japan einen ungeheuren Einfluß aus. Chinas neue Wirtschaftspolitik ist Gegenstand lebhafter Diskussion nicht nur in Fachkreisen, sondern auch in kapitalistischen und Arbeiterorganisationen und in Parteiversammlungen. Führende Politiker und Geschäftsleute suchen beständig den Umfang des japanischen Handels mit dem Festland zu erweitern, während die von Amerika verordnete Beschränkungen die Quelle dauernder Reibungen sind. «Dem Mann auf der Straße sagt man — und er scheint es zu glauben —, daß es mehr Arbeitsplätze mit höheren Löhnen geben würde, wenn Japan wieder frei nach dem Festland exportieren könnte, und mehr Lebensmittel, Kleider und Brennstoffe zu niedrigeren Preisen, wenn Japan wieder frei aus dem Festland importieren könnte . . . Die Japaner können bei dieser Denkweise leicht überzeugt werden, daß die amerikanische Wirtschaftshilfe, die für sie ebenso drückend ist wie für den amerikanischen Steuerzahler, ein — wie die Kommunisten sagen — bedeutendes Hindernis für den Wiederaufbau einer unabhängigen japanischen Wirtschaft darstellt.»

Die Berichte über die Umgestaltung der chinesischen Wirtschaft werden in Japan eifrig studiert und sehr ernst genommen. Man streitet wohl über die Auslegung der Zahlen, aber das betrifft nur den Grad des wirklichen wirtschaftlichen Fortschritts. Eine wachsende Zahl von Japanern ist empfänglich für den Gedanken, «daß das Wirtschaftsprogramm von Maos ‚Neuer Demokratie' das richtige Muster für die Entwicklung aller asiatischen Volkswirtschaften, einschließlich der japanischen, ist».

Ähnliches gilt für die Sozialpolitik des kommunistischen China. Die sozialistische Gesellschaft, die in China entsteht, wird «anderen sozialistischen Systemen gegenüber als ebenso überlegen betrachtet, wie die konfuzianische Gesellschaft dem japanischen oder westlichen Feudalismus überlegen war. Und in dem Maße, als das kommunistische Experiment in China seinen Fortgang nimmt, glauben zahlreiche Japaner in ihm die harmonische Lösung der schweren Spannungen zu sehen, in die sich die japanische Gesellschaft heute verkrampft hat.» Kurz, so faßt Mrs. Wright zusammen,

«das Bild vom kommunistischen China, das in Japan am weitesten verbreitet ist, ist das Bild eines großen Landes, des ‚großen Bruders', des ‚guten Nachbarn', der jetzt wieder einmal der Schrittmacher der Welt wird; eines Landes, das beweist, daß eine asiatische Wirtschaft von ihrer eigenen Bevölkerung ohne fremde Hilfe entwickelt werden kann; daß eine freie, moderne Gesellschaft auf alten Grundlagen aufgebaut werden kann; daß asiatische Staatsmänner die Achtung der Welt erringen können; daß eine asiatische Armee den Westen im Zaum halten kann; daß politische Einrichtungen geplant werden können, die den echten Wünschen des Volkes Ausdruck geben und nicht den Interessen der Besitzenden dienen, wie das in bezug auf den Westen und auf Japan selbst angenommen wird.»

Dieses Bild vom kommunistischen China — so bemerkt Mrs. Wright — ist natürlich kein ausgeglichenes, genaues und objektives Bild. «Das Entscheidende ist hier aber, daß es heute in Japan das vorherrschende Bild ist . . . Das Pekinger Regime macht anscheinend gar keine großen Anstrengungen, um die öffentliche Meinung Japans zu beeinflussen; es braucht auch gar keine Agenten in einem Land, in dem verschiedene Umstände zusammengewirkt haben, um ein Wiederaufleben der Chinafreundschaft herbeizuführen, die heute mächtiger ist, als jede ausländische Propaganda sie zu erzeugen hoffen könnte.»

Was weiter aus Japan wird, müssen wir eben abwarten. Daß die alten verhängnisvoll nationalistischen und militaristischen Mächte in Japan so wenig abgerüstet haben wie in Westdeutschland, ist freilich sicher. Aber solange keine neue große Armee als ihr Werkzeug wieder dasteht, hat das *andere* Japan, das sich zu bilden beginnt, eine Chance, sich durchzusetzen. Es wird, wenn es obenaufkommt, vor allem auch ein friedliches Japan sein. «Die Japaner wollen», wie auch Frau Professor Wright glaubt, «keinen Krieg mehr, mit wem im Bund und für welche Ziele auch immer, am wenigsten mit dem festländischen China . . . Die meisten können mit etwelchem Widerstreben für die Unterstützung einer Wehrmacht gewonnen werden, die ausreicht, um eine gelegentliche Abenteuerpolitik gegen Japan abzuschrecken. Sie haben aber Angst vor einer großen Wehrmacht, nicht nur weil ihre Geschichte sie mißtrauisch gegen die politische Rolle des Militärs macht, sondern auch weil sie glauben, daß eine größere Wehrmacht von Rußland und China als Herausforderung angesehen würde und doch keinesfalls die Vernichtung Japans auch nur zu verzögern vermöchte, wenn ein Krieg ausbräche.»

Die Friedensfreunde in aller Welt können sich nur ermutigt fühlen, wenn sie solche Tatsachen über Japan zur Kenntnis nehmen. Möchte man Ähnliches doch auch über Deutschland sagen dürfen! Es wäre ein wahres Glück für die Menschheit.

7. Oktober. *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Die Botschaft eines Kernphysikers

Charles-Noel Martin: Hat die Stunde H geschlagen? Die wissenschaftlichen Tatsachen über die Wirkung der Wasserstoffbombe. Mit einer Einleitung von Albert Einstein. S. Fischer-Verlag.

I

Wir haben im Juni-/Juliheft der «Neuen Wege» ausführlich über die Tatsachen der atomischen Bedrohung berichtet und dazu Stellung genommen. Trotzdem möchten